



Landesseniorenvertretung Berlin, Parochialstr. 3, 10179 Berlin

## **Protokoll des 16. LSV-Plenum**

Termin: 29.11.2023; 10:00 -12:30 Uhr

Ort: Seniorenklub Lindenufer in Spandau

Anwesend: 10 Bezirke

Gäste: Herr Bezirksstadtrat Kempert (Abt. Soziales und Bürgerdienste)  
Herr Puschmann – Seniorenrat Brandenburg  
Frau Vogt (AG Armut und Einsamkeit des LSBB)  
Frau Thiem Geschäftsstelle

**Top 1:** Herr Gellert begrüßt die Anwesenden. Die TO wird bestätigt.

**Top 2:** Die Genehmigung des Protokolls vom 25.10.23 wird vertagt.

**Top 3:** Herr Kempert begrüßt die Anwesenden und würdigt die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Seniorenvertretung in Spandau

### **Top 4: Altersarmut und Teilhabechancen**

Der Verein „**LichtBlick Seniorenhilfe e.V.**“ kann sich krankheitsbedingt nicht vorstellen.

**Herr Baur** (SV Friedrichshain-Kreuzberg) beschreibt Armut im Alter als Folge lebenslanger Nachteile, gesundheitlicher Einschränkungen, Familien- und Pflegezeiten, die zu Renteneinbußen führen. Im höheren Lebensalter lassen Kräfte, Mobilität und Widerstandsfähigkeit nach und somit die Chance, der Armut zu entkommen.

Einkommensarmut mindert Bildungschancen, kann zu Kontakt- und Bewegungsarmut führen, und mindert somit die Gesundheitschancen und den Zugang zum öffentlichen Leben.

Armut ist ein weiter Begriff, betrifft Familien über mehrere Generationen, ist eher verschämt und im Verborgenen, lässt sich deshalb schwer durch absolute Zahlen operationalisieren. Armutsgefährdungsquote bemisst sich prozentual an durchschnittlichem Einkommen, nur als Momentaufnahmen – Perspektiven werden ausgelassen.

Statistische Erhebungen werden erschwert, da bei Haushaltsbefragungen wohnungslose und in Einrichtungen lebende Menschen nicht berücksichtigt werden.

Nicht der Anspruch, sondern nur die Inanspruchnahme von Grundsicherung und Hilfe zur Pflege lässt sich messen.

Die gesetzliche Rentenversicherung geht von Zunahme der Armutsquote in der jüngeren Generation aus.

Dokumente wie der Armuts- und Reichtumsbericht, der 7. Altenbericht, die DIW-Studie bedürften intensiver Auswertung. Lt. Friedrich-Ebert-Stiftung begünstigt die zunehmende soziale Ungleichheit auch den Rechtspopulismus.

Kommunale Wohnungsunternehmen sind für sozialverträglichen Mieten wichtig.

Im Bezirk Friedrichshain- Kreuzberg beginnt eine Berichterstattung zur Armut im Alter.

**Frau Vogt** kritisiert, dass es zwar viele Studien und Reden, aber keine konkreten gesellschaftlichen Lösungen gibt. Einsamkeit ist v.a. eine Folge, wenn Einkünfte nicht zum Leben reichen. Sie weist auf Kostensteigerungen bei Miete, Essen und gesundheitlicher Vorsorge hin. Dafür müsste der nicht anrechenbare Zuverdienst für Grundsicherung und die Obergrenze für steuerfreie Rente erhöht werden.

Es schließt sich eine erste Verständigung an, welche Forderungen wir als LSV stellen wollen, z.B.:

- kostenfreie Fahrt für bedürftige Senior\*innen in Berlin ...oder Senienticket (wie zu bemessen?)
- Erhöhung der Zuverdienstgrenze
- Antragsverfahren Wohngeld vereinfachen
- Erleichterung von Wohnungstausch; keine höhere Miete bei Umzug in kleinere Wohnungen
- Begrenzung von Mieterhöhungen, mindestens in kommunalen Wohnungsunternehmen
- .

## **Top 5: Jahresplanung 2024**

Vorschläge für Themen und Sitzungsorte sind willkommen.

Für die vom 22.bis 29.06.2024 geplante Seniorenwoche können (bis Ende Januar) noch Themen vorgeschlagen werden

## **Top 6: Terminplanung** für LSV-Plenen 2024 liegt vor.

**Top 7:** Herr Gellert berichtet vom 2. seniorenpolitischen Dialog der SPD-Fraktion im AHB: Es wurde ein Titel im Landeshaushalt erwähnt, aus dem die Öffentlichkeitsarbeit der Seniorenmitwirkungsgruppen – auch der Bezirke - finanziert werden könne. Frau Thiem wird gebeten, über die konkreten Bedingungen und das Antragsverfahren Informationen einzuholen.

**Top 8:** Herr Puschmann berichtet kurz über die Arbeit des Landesseniorenbeirats und die 170 örtlichen Seniorenbeiräte im Land Brandenburg. Es gibt Kontakt zu Ministerien zur Umsetzung der seniorenpolitischen Leitlinien. In Vorbereitung auf die Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr 2024 werden Maßnahmen gegen Altersarmut und Einsamkeit – insbesondere in ländlichen Regionen gefordert.

Termin des 17. LSV-Plenums: 24. Januar 2024 im Rathaus Kreuzberg

F.d.P.: G.Grunwald